

SPÖ



aktiv

Buchkirchen

Ausgabe 1/2019

Menschlichkeit siegt. **SPÖ**

Wenn du sie wählst.

#gemeinsam | spoe.at

Nationalratswahl 2019

wählen Sie

29.9. ~~✗~~

SPÖ





KOMMENTAR
Ing. Wolfgang Ensinger

29. September

ein denkwürdiger Tag

29.9.



Sehr geehrte Buchkirchner und Buchkirchnerinnen

Nehmen Sie an der Nationalratswahl teil, und sorgen Sie dafür, dass die Demokratie und die Freiheit in Österreich wieder gelebt werden kann.

„Wählen Sie die Sozialdemokratie, und damit die Menschlichkeit!“

Stärken Sie die Vertretung der Menschen, die es sich nicht so einfach richten können. Die Unternehmerparteien haben ja in den letzten beiden Jahren schon gezeigt zu was sie im Stande sind! Denken Sie an IBIZA und Millionenspenden, die bisher ohne Konsequenzen am System vorbei geschwindelt wurden.

Ich möchte Euch auch heuer wieder zu unserem **Wandertag** am 26. Oktober herzlich einladen. Abmarsch ist dieses Mal beim VZ Parkplatz um 13:00 Uhr.

Ich wünsche Ihnen liebe Buchkirchnerinnen und Buchkirchner einen sonnigen Herbst.

Ihr Wolfgang Ensinger
Ortsparteiobmann und Gemeindevorstand
0676/5460906
wolfgang.ensinger@liwest.at

Menschlichkeit siegt. SPÖ

**Nur gemeinsam
schaffen wir's
aus der Klimakrise.**

Dr. Pamela Rendi-Wagner



**Das Klimaticket
schont Klima
und Geldbörse.**

Öffi-Jahreskarte pro Tag:

- 1 € für ein Bundesland
- 2 € für drei Bundesländer
- 3 € für ganz Österreich

Menschlichkeit siegt. SPÖ

#gemeinsam | spoee.at

JETZT GEHT WAS!

Top 10 der Anträge im Parlament

SPÖ setzt sich mit zahlreichen Anliegen durch!

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	neos	JETZT
Nichtraucher-Schutz					
Aus für Großspenden an Parteien					
Volle Anrechnung der Karenz					
Rechtsanspruch auf Papamonat					
Pflegegeld-Erhöhung					
Privatisierungsverbot von Wasser					
Totalverbot von Glyphosat					
Nachtschichtpension ohne Abschlüge					
Lohnfortzahlung für Freiwillige					
Erhöhung der Mindestpension					

KONTRAST

JETZT GEHT WAS

Jetzt kommen Nichtraucher-Schutz, Glyphosat-Verbot & Karenzanrechnung

Das freie Spiel der Kräfte im Parlament ebnete in den Sommermonaten zahlreichen guten Gesetzen für Österreich den Weg. Die Besonderheit: Zum ersten Mal seit 32 Jahren sitzt die ÖVP nicht in der Regierung – und konnte wichtige Vorhaben nicht mehr blockieren.

GLYPHOSAT-VERBOT



Im Juli 2019 wurde der Antrag der SPÖ zum Glyphosat-Verbot angenommen. Das Pestizid steht im Verdacht krebserregend zu sein. Die ÖVP war gegen das Total-Verbot.

VOLLE ANRECHNUNG VON KARENZZEITEN



Frauen erleiden etwa 800 Euro Einkommensverlust pro Jahr, wenn sie z.B. 2 Kinder haben und 4 Jahre in Karenz waren. Denn ihre Karenzzeiten wurden nicht im Job angerechnet. Das wollte die SPÖ ändern und hat sich durchgesetzt.

NICHTRAUCHER-SCHUTZ



Eine rauchfreie Gastronomie wird Gäste und Angestellte schützen und das Gesundheitssystem entlasten. Dafür haben 880.000 Menschen unterschrieben. Jetzt haben alle Parteien – außer die FPÖ – das Rauchverbot in der Gastronomie beschlossen.

RECHTSANSPRUCH AUF PAPAMONAT



Der Rechtsanspruch auf einen Papamonat kommt! Alle Väter können nun den ersten Monat mit ihren Neugeborenen verbringen.

KEINE WASSER-PRIVATISIERUNG



Sauberes Trinkwasser ist in vielen Ländern keine Selbstverständlichkeit – in Österreich gehört es zum Alltag. Das soll so bleiben. Die SPÖ hat durchgesetzt, dass das Recht auf Trinkwasser in die Verfassung geschrieben – und Wasser nicht privatisiert wird.

ERHÖHUNG DES PFLEGEGELDES



Am 2. Juli 2019 haben alle Fraktionen für eine Anpassung des Pflegegelds ab 2020 gestimmt. Der Grund: Durch die Inflation wird das Pflegegeld faktisch jährlich weniger wert.

HÖHERE MINDESPENSION



Nach 40 Arbeitsjahren bekommt man künftig mindestens 1.200 Euro netto, nach 30 Jahren mindestens 1.025 Euro netto Pension.

KATASTROPHEN-HELPER



Eine Absicherung für ehrenamtliche Katastrophen-Helfer soll kommen. Die SPÖ wollte einen Anspruch auf 5 Tage Freistellung und eine Entgeltfortzahlung. Eine Mehrheit gab es nur für Letzteres.

SCHLUSS MIT GROSSSPENDEN



Wenn reiche Geldgeber Parteien 5-stellige Summen spenden, erwarten sie sich eine Gegenleistung. Vor allem: Steuersenkungen. Die SPÖ hat lange auf das Problem hingewiesen. SPÖ, FPÖ und Liste Jetzt haben sich auf ein Verbot von Großspenden an Parteien geeinigt. Ab jetzt dürfen Einzelpersonen max. 7.500 Euro spenden. Insgesamt darf eine Partei pro Jahr nur noch 750.000 Euro Spenden bekommen. Sollte die ÖVP ihre Wahlkampfausgaben wie 2017 um 6 Millionen überziehen, muss sie nach der neuen Regel mit einer Strafe von bis zu 6 Millionen Euro rechnen.

NACHTSCHICHT-PENSIONEN OHNE ABSCHLÄGE



Wer Schwerarbeit in Nachtschichten leistet, darf früher in Pension gehen. Allerdings nur mit Abschlägen. Die SPÖ wollte diesen Missstand beseitigen. Sie hat beantragt, dass die Möglichkeit der Frühpension gesichert bleibt – aber ohne Abschläge. Leider fand sich für dieses wichtige Anliegen keine Mehrheit. ÖVP und FPÖ waren dagegen.

#gemeinsam



Menschlichkeit siegt.

Wenn du sie wählst.

Für **Pamela Rendi-Wagner** und **Petra Wimmer** steht außer Frage: Gesundheit, Pflege, leistbares Wohnen, Klimaschutz und faire Arbeitsbedingungen sind klare Schwerpunktthemen für die Politik.

„Mir geht es um ehrliche Politik, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht.“

Petra Wimmer

Die Welserin **Petra Wimmer** geht wieder als Spitzenkandidatin für die SPÖ in die vorgezogene Nationalratswahl im Herbst. Die ehemalige Gemeinderätin und Geschäftsführerin des Sozialen Wohnservice Wels bekam bei der Nationalratswahl 2017 in ihrem Wahlkreis 2.956 Vorzugsstimmen und vertritt seither die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler im Parlament. „Mir geht es um ehrliche Politik, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen soll!“, betont die Nationalratsabgeordnete. Sie möchte sich weiterhin für ein modernes soziales System einsetzen: „Es gibt viel anzupacken: Bezahlbares Wohnen, gute Pflege, konkrete Maßnahmen für den Umweltschutz, Entlastung von Arbeitnehmern, Mobilität für junge Menschen und vieles mehr.“ •



Gesundheit und Pflege



Wohnen



Arbeit und Klima

29.9.



Seitenimpressum:
Abg. z. NR Petra Wimmer -
SPÖ Wels Bezirksgeschäftsstelle,
Karl-Loy-Straße 17, 4600 Wels.
Fotos: Kurt Prinz, MacGreenie,
Günter Wimmer, SPÖ



Dumm gelaufen!

Betriebsbaugelbiet Buchkirchen

In der Gemeinderatssitzung am 16.5.2019 wurde das „Projekt Schöffmann“, unser neues Betriebsbaugelbiet östlich vom Sparmarkt, behandelt.

Die Erbgemeinschaft, die Servituts Rechte hat, wurde ausfindig gemacht, und mit deren Anwälten hat Frau Bürgermeister Rieder einen Deal ausgemacht. Da dieser Tagesordnungspunkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt wurde, und damit unter das neue Datenschutzgesetz fällt, darf ich darüber keine Namen, Zahlen oder Adressen erwähnen. Nur so viel, dieser Deal kostet uns Steuerzahler eine hohe 5-stellige Summe.

„Warum so hoch?“

Die Grundstücksgröße beträgt ca. 1000m² und liegt genau bei der geplanten Einfahrt in das Betriebsbaugelbiet. Die Erbgemeinschaft erhöhte den Kaufpreis um 40% und ließ sich auch die Anwaltskosten bezahlen.

Warum die Einfahrt nicht wo anders machen?

Folgende Antwort haben wir bekommen: Für die Einfahrt wurde bereits eine Firma beauftragt. Wasserrechtsbescheide wurden bereits erstellt, die ganzen Planungskosten wären unsinnig gewesen.

Das Ganze wäre eben „Dumm gelaufen“. (O-Ton ÖVP)

Über die Servitutsrechte der Erben wusste man seit über einem Jahr Bescheid. Warum wurde eigentlich die ganze Zeit so weiter geplant? Um den Gemeinderat vor vollendete Tatsachen zu stellen? Eine Einfahrt von der Marchtrenkerstrasse hätte nur beim Land Oberösterreich neu beantragt werden müssen, mit einer Erklärung der neuen Situation.

Damit hätte sich zumindest eine bessere Verhandlungsposition ergeben. Derzeit ist das Gemeindeamt noch immer mit dem Verkauf an die Erbgemeinschaft beschäftigt.





Wohnbau Kreuzlandstraße

„Wie geht es weiter?“

Die Frau Bürgermeister, der Amtsleiter, der FPÖ-Fraktionsobmann und eine Bedienstete vom Gemeindevorstand nahmen einen Termin bei LHstv. Haimbuchner wahr. **Ergebnis:** Die Firma OGW kommt mit diesem Projekt spätestens 2020 in das Wohnbau-Förderprogramm. Nur kann keiner der oben genannten sagen, ob mit oder ohne „Junges Wohnen“!

Junges Wohnen ist ein Förderprogramm des Landes Oberösterreich um jungen Menschen leistbares Wohnen zu ermöglichen.

Kriterien:

- Das zu errichtende Wohnhaus muss mindestens 12 Wohnungen für „Junges Wohnen“ enthalten
- 2/3 der Wohnungen müssen Ein- oder Zweiraumwohnungen (max. 45 m²) sein
- Mietvertragsdauer max. 8 Jahre – ohne Verlängerungsmöglichkeit, endet mit dem 35. Lebensjahr.
- Ein Parkplatz pro Wohnung, keine Tiefgarage

Wir müssen nun das ganze Projekt neu überarbeiten, da die Förderkriterien des Landes Oberösterreich generell geändert wurden (Parkflächen, Tiefgarage).

Fazit:

- Nach Gesprächen mit den Verantwortlichen der OGW verteuert sich dieses Projekt zusehends.

- Die OGW möchte deshalb den Baurechtszins bis zum Bauende aussetzen.
- Wie oben genannt, sind massive Änderungen am Plan notwendig.
- Der Baubeginn bzw. der Wohnungsbezug rücken in weite Ferne!
- „Böse Zungen“ behaupten bereits: „Hätten wir uns für die Heimstätte als Wohnbauträger entschieden, wäre das Projekt schon abgeschlossen!“

Gemeinsam für bessere Arbeit:

- € 1.700 Mindestlohn steuerfrei
- 6. Urlaubswoche für alle nach 25 Arbeitsjahren
- Gute Arbeit, faire Bezahlung

Menschlichkeit siegt. SPÖ

#gemeinsam | spoe.at



Peinliche Bierzeltspöttelei!

Gerne wird über andersdenkende am Stammtisch gespöttelt. Ein niederträchtiges „Gutmensch“ für soziales Denken und Hilfsbereitschaft ist ein häufig verwendeter Ausdruck. Ein ganz besonderer Hochgeist war der Aschermittwochsredner Strache. In der bierschwangeren Luft der Rieder Messehalle wurde losgelegt. Migrationsbesoffene Globalisten und eine verzweifelte Opposition wurden politische Gegner geschimpft. Austeilen war fein, und sorgte für Schenkelklatschen bei der Anhängerschaft. Da konnte alles was „früher“ beschlossen worden war schlechtgeredet und verrissen werden, ohne selber auch nur eine einzige positive Idee einzubringen. Sein Team setzte diese Linie fort. Kritik ist linker Blödsinn! „ER“ hat sich durch seinen Ibiza Auftritt nun selber überboten.

Auch wenn „ER“ nun nicht mehr offiziell vorne steht, glaubt jemand wirklich, dass sich in dieser Partei deshalb etwas ändern wird?

„Ist das letzte Wirtshaus fort – stirbt der Ort“

Wirte leiden heute am Wohlstand der Bürger. Der 1,5 m breite Fernseher, die Outdoorküche zum Grillen und der eigene Pool laden zum Daheimbleiben ein. Das spüren die Gasthäuser. Kegelbahnen zur sportlichen Begegnung, und auf die Gästegruppe fein abgestimmte Küche, hilft beim Gegensteuern. In Hundsham schließt mit Jahresende das Gasthaus Stadler. Es wird uns fehlen! Das Gasthaus Kühberger bietet regionale Küche und einen schattigen Gastgarten. Der einladende Mostheurige Mayr zu Hörling ist für das Wochenende geöffnet. Im Ort bleiben das Celentano und die Gaststätte „Jack´s“ im gemeindeeigenen Veranstaltungsgebäude übrig. Dort sehen wir großen Handlungsbedarf. Dort gehört endlich radikal was verändert, und ein attraktives Angebot für die Bürger gemacht. Vizebürgermeister Strasser als Obmann des Ausschusses für Wirtschaft und Umwelt ist gefordert Verbesserungen durch offensive Werbung herzustellen. Dass das Raumangebot im und um das Gebäude und die Einrichtung erneuert wird, ist eine dringende Aufgabe für die Gemeinde, und der Wirt wird gerne seinen Beitrag zu einem guten Ergebnis leisten.

Fördern – stärken – gestalten!



Unterwegs für Umweltchaoten

weggeworfen wird. Dosen aller Biersorten und Energydrinks, PET-Flaschen in jeder Größe, Zigarettenschachteln und Jausen-Plastiksackerl lagen auf Böschungen und im Straßengraben. Soll dafür Freude aufkommen, dass wir so viele Säcke gesammelt haben? Eher nicht. Es ist zum Schämen und ein Ärgernis geworden, Jahr für Jahr für Sauberteln den Abfall aufzuklauben, den sie bequemerweise nach der Konsumation in unserer Landschaft entsorgen. Stimmt unser Sammelsystem? Sollen wir weiterhin hilflos zuschauen wie UNSERE Umwelt leichtfertig vermüllt wird?

Wir haben heuer wieder einen kleinen Abschnitt des Gemeindegebietes vom Müll befreit. Umweltbewusste Eltern als Vorbild für die Kinder, Feuerwehr Mistelbach und Jugend, und auch Gemeinderäte sammelten den Restmüll auf der gedankenlos

Funktionierender Umweltschutz schaut anders aus. Änderungen im Sammelsystem sind dringend notwendig!

Es braucht dringend zusätzliche Anregung zur Rückgabe wiederverwertbarer Verpackungsgruppen!

Geheimrat statt Gemeinderat durch übertriebenen Datenschutz

Viele Gemeinden setzen auf Breitbandausbau und schnelles Internet. Die Landesregierung schiebt mit Millionen Förderungen an, um für Bürger, Ämter und Betriebe einen raschen Zugriff über das Internet zu ermöglichen, damit interessierte Bürger auf der Homepage nach Sachregister aufgelistete Informationen vorfinden, und Einblick in den Wirkungskreis der Gemeinde erhalten. Derzeit müssen Bürger, die wissen wollen was in der letzten Gemeinderatsitzung beschlossen wurde, auf das Gemeindeamt gehen und sich eine Abschrift von der gefragten Stelle machen. Kürzlich gab es einen Antrag der Grünen auf Transparenz der Gemeinderatssitzungen mit raschem Zugriff auf das Protokoll der öffentlichen Sitzung über das Internet. **Mehrheitlich von ÖVP und FPÖ abgelehnt!**

„Beispiel wie Gemeinderatsarbeit läuft“

Ein Grundbesitzer, nennen wir ihn Max Muster, beabsichtigt ein Grundstück von Grünland in Wohngebiet umzuwidmen. Dies ist heute nur mit einem vorberechneten, vom Gemeinderat beschlossenen Infrastrukturkostenbeitrag möglich. Hat der Grundbesitzer dem Bauamt die erforderlichen Unterlagen gebracht, den errechneten Infrastrukturbeitrag akzeptiert, geht das Ansuchen in den Bauausschuss zur Beratung. Wird dort der Antrag positiv beurteilt, kommt dieser Akt zur Abstimmung in die öffentliche Gemeinderatsitzung. **Doch Halt!** Jetzt kommt der Datenschutz ins Spiel! Wir werden zu Geheimräten! Sind Zuseher in dieser öffentlichen Sitzung anwesend, so müssen diese nun den Sitzungssaal verlassen, denn Namen der Antragsteller und Zahlen der Aufschließungskosten unterliegen dem Datenschutz. Die Gemeinderäte werden mit Strafe bedroht, sollten sie jemals außerhalb des Gemeinderates darüber sprechen!

Diese unnötige Geheimniskrämerei in Zeiten von Internet, Facebook und WhatsApp ist keine gute Entscheidung für den Informationsstand in unserer Gemeinde. Eine haltbare Lösung muss her!

Vorschlag: Beantragt jemand Entscheidungen durch den Gemeinderat, ist die Zustimmung auf öffentliche Abwicklung Voraussetzung. Ohne diese Zustimmung, mit Angst vor Klagen wegen einer Namensnennung gibt es keine Annahme und Behandlung.

Pflegestand in Not

Pensionistenverband und Seniorenbund sind seit geraumer Zeit einig, die Pflege wird die Herausforderung der Zukunft. Wenn der Sozialhilfeverband Wels beklagt, dass wegen fehlendem Personal ganze Wohngruppen nicht belegt werden können, darf von einem Pflegepersonalnotstand geschrieben werden. Mobile Pflege, Pflege zu Hause durch Angehörige, Betreuung und Pflege im Altenheim wird mehr. Betreuungsaufwand und Kosten werden steigen, ob wir es wollen oder nicht. Leistbar soll die Pflege sein, und machbar. Ausbildung, Einfühlungsvermögen und viel Geduld wird verlangt, um mit alten Menschen in respektvoller Art umzugehen. Demenz, Schwerhörigkeit und auch unangenehme körperliche Schwächen lassen die Bereitschaft zu diesem wichtigen Beruf absacken. Da wollen viele auf Dauer nicht mitmachen, und suchen sich eine andere Einnahmenquelle.

Abhilfe gibt es nur mit mehr Personal, Entlastung in zeitraubenden bürokratischen Belangen, und verbesserte Bezahlung. Gute Pflege, so wie wir sie uns vorstellen und wünschen, muss aber das erklärte Ziel bleiben!



Wohnbau Kreuzlands

„Fakten-Check“

Familien - Wandertag



am Nationalfeiertag

in Buchkirchen

Start: 13:00Uhr

VZ Parkplatz

Hundshamerstraße 7

Wanderroute:

Hundsberggrunde (Gehzeit 2 Std.)

- Zwischenstopp bei Familie Jandl

- gemütlicher Ausklang mit musikalischer Unterhaltung im Jack's

Wir laden Euch herzlich ein!



traße

Nach langen Besprechungen im Bauausschuss, abgestimmter Meinungsbildung in einem erweiterten Steuerungsgremium einigte sich der 25 köpfige Gemeinderat auf die Bauvariante der Linzer Energie AG Tochter OGW mit dem Beschluss zu 27 Mietwohnungen mit Tiefgarage für 3 Baukörper.

9 Wohnungen mit Größe 55 m2, 9 Wohnungen mit Größe 75 m2, 9 Wohnungen mit Größe 89 m2

Dazu 1 Stellplatz je Wohnung in der Tiefgarage und 1 Stellplatz im Freien.

Keine Eigentumswohnungen, kein auf wenige Jahre Wohnzeit befristetes „Junges Wohnen“ und schon gar kein Generationenwohnen.

Das obige Projekt entsprach den 2017 allgemein gültigen Förderrichtlinien für sozialen Wohnbau!

Die OGW reichte das Projekt zur Förderung ein. Vermutlich um rascher in die Förderzusage zu kommen, wurde es entgegen dem Beschluss des Gemeinderates im Bereich „Junges Wohnen“ gemeldet. Die Förderstelle des Landes OÖ stellte aber fest, dass das vorliegende Projekt so etwas nicht vorsieht, und

verweigerte die Förderung. Mittlerweile sind die Geschäftsaktivitäten der OGW an die LAWOG übertragen worden.

Fakt ist trotzdem:

„Ohne Förderung kein Bau“

Wir fühlen uns getäuscht und hintergangen. Das krampfhaft Bestehen der ÖVP auf das Unternehmen OGW hat nur Ärger, endlos lange Wartezeiten, und keinen Meter Fortschritt gebracht.

Wenn in einem Flugblatt gemeint wird, daß LR Hainbuchner es schon richten wird, so ist das irreführend!

Kleinwohnungen brauchen wir für alleinlebende Wohnungssuchende zum Start in die Eigenständigkeit, den Aufzug für unsere älteren Menschen. „Junges Wohnen“ ohne Aufzug und Tiefgaragenstellplatz macht erst Sinn, wenn ausreichend Wohnungen zum Wechsel mit 35 Jahren vorhanden sind. Das ist in Buchkirchen nicht der Fall!

2020 dürfen die Pensionisten nicht noch einmal zu kurz kommen!

Mit dem am 19. August 2019 veröffentlichten Juli-Inflationswert steht die laut Gesetz geltende Grundlage für die Pensionsanpassung des kommenden Jahres fest: 1,8 Prozent.

Sie basiert auf dem Durchschnitt der Teuerungsraten aus den letzten 12 Monaten. Dem Pensionistenverband war eine Erhöhung um 1,8 Prozent „ganz klar zu wenig“, zumal die letztjährigen Pensionsanpassungen unzureichend waren. Sie wurden zudem im letzten Jahr auch nicht mit den Pensionistenvertretern verhandelt! Auf Initiative des Pensionistenverbandes (PVÖ) fand am Mittwoch, 28. August 2019 ein Pensions-Gipfel mit Vertretern der Regierung und der Parlamentsparteien statt.

„Pensionserhöhung 2020: Stärkstes Plus seit 25 Jahren!“

Das Ergebnis: Kleinere Pensionen bis zur Steuergrenze von 1.111 Euro erhalten eine Erhöhung um den doppelten Wert des gesetzlichen Anpassungswertes **von 1,8 Prozent, also 3,6 %.**

Von 1.112 Euro beginnend bis zu einer Pensionshöhe von 2.500 Euro erfolgt eine Absenkung (Einschleifung) der Anpassung von 3,6% bis auf 1,8 %. Alle Pensionen (bzw. Ruhegelder für Beamte) darüber erhalten eine Erhöhung mit 1,8 % bis zur Höchstbeitragsgrundlage von 5.220 Euro. Darüber liegende Pensionen werden mit einem Fixbetrag erhöht. Der dafür notwendige Gesetzesbeschluss über die Erhöhung 2020 soll bei der Sitzung des Nationalrats am 25. September erfolgen.

Reiserestprogramm 2019

Nach unserer schönen Flugreise mit Seniorenreisen nach Spanien und der heurigen Vier - Tagesreise nach Kärnten, dem Theaterbesuch in Kalköfen, der unterhaltsamen Wurstparty am Stocksportplatz, bleibt noch eine geplante Kurzausfahrt auf den Grünberg, und die traditionelle Advendt - Ausfahrt vor Weihnachten.

**Halbtagesfahrt: Do., 10. Oktober 2019
Grünberg - Seilbahn**

**Anfang Dezember 2019
Weihnachtsmarkt Steyr und Christkindl**

Kärnten



Spanien



Krapfenschleiferei Tragwein



Burggrüne Aggstein

Wählen mit Wahlkarte zur Nationalratswahl 2019

Wahlkarte beantragen:

Wo kann ich eine Wahlkarte beantragen?

Im Internet: **www.wahlkartenantrag.at**, oder über die Homepage deiner Gemeinde/Stadt
Schriftlich: per E-Mail, Post oder Fax: In deiner Gemeinde

ACHTUNG: Sowohl schriftlich als auch online können **Anträge für Wahlkarten nur bis zum 25. September 2019 gestellt werden!**

Persönlich kannst du dir eine Wahlkarte in deiner Gemeinde/deiner Stadt bis 27.9.2019 abholen.
Weiter Infos zum Thema Wahlkarte beantragen findest du hier: **www.bmi.gv.at**

So fülle ich die Wahlkarte richtig aus:

- zunächst der Wahlkarte den amtlichen Stimmzettel sowie das gummierte Wahlkuvert entnehmen, dann
- den amtlichen Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausfüllen,
- den ausgefüllten amtlichen Stimmzettel in das gummierte Wahlkuvert legen, dieses zukleben und in die Wahlkarte zurücklegen; anschließend
- durch Unterschrift auf der Wahlkarte eidesstattlich erklären, dass Sie den amtlichen Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausgefüllt haben, und schließlich,
- die Wahlkarte zukleben und
- dafür sorgen, dass die Wahlkarte rechtzeitig bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde einlangt; Sie können die Wahlkarte z.B. in einem Briefkasten der Post einwerfen, auf einer Postgeschäftsstelle aufgeben oder bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde direkt abgeben.

MUSTER		Wahlkarte		Nationalratswahl 2019
Fortlaufende Zahl im Wählerverzeichnis	Vorname, Familienname oder Nachname		Geburtsjahr	
Gemeinde	Straße/Gasse/Platz, Hausnummer			
Eidesstattliche Erklärung (bei einer Stimmabgabe mittels Briefwahl):				
Mit nebenstehender Unterschrift erkläre ich eidesstattlich, dass ich den inliegenden amtlichen Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausgefüllt habe.			Unterschrift	

Wählen mit Wahlkarte:



Per Post: Mit der Wahlkarte bekommst du ein Kuvert. Einfach die Wahlkarten in das Kuvert stecken und in den nächsten Briefkasten stecken oder zum Postamt bringen.

ACHTUNG: Die **Wahlkarte muss am Wahltag bereits bei der Wahlbehörde** eingelangt sein. Also unbedingt bis **spätestens 25. September abschicken!**

Wählen mit Wahlkarte am Wahltag

Du kannst mit deiner Wahlkarte auch am Wahltag in jedem Bezirk in Österreich wählen. Es gibt **zumindest ein Wahllokal für Wahlkarten pro Gemeinde**. Erkundige dich bei deiner Gemeinde, in welchem Wahllokal du die Wahlkarte abgeben kannst.



Lichtbildausweis nicht vergessen, wenn du deine eigene Wahlkarte im Wahllokal abgibst. Wenn du für jemand anderen eine Wahlkarte abgibst, oder du deine Wahlkarte von einer anderen Person abgeben lässt, dann versichere dich, dass die Wahlkarte ordnungsgemäß zugeklebt ist!

„Wir haben klare Vorstellungen, wie wir Österreich gestalten wollen.“

Foto: Astrid Knie

INTERVIEW DER SPÖ-BUNDESPARTEIVORSITZENDEN PAMELA RENDI-WAGNER

„Als Bundeskanzlerin will ich **das Leben der Menschen spürbar verbessern!**“

SPÖ-Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner über die Nationalratswahl am 29. September, die Ibiza-Koalition, Klimapolitik mit sozialer Handschrift und die wichtigsten Vorhaben, wenn die Sozialdemokratie wieder Regierungsverantwortung übernimmt.

WAS BEDEUTET FÜR DICH SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK?

Wir wollen die Menschen unterstützen und ihr Leben besser machen. Sozialdemokratische Politik heißt für mich, den Menschen Chancen zu geben, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten. Was unsere Bewegung immer stark gemacht hat, sind Mut und Verantwortung. Das unterscheidet uns auch von der türkis-blauen Ibiza-Koalition. Denn es gehören Mut und Verantwortung dazu, gegen Armut anzukämpfen und gegen Rechtsextremismus. Sich für ein gerechtes Gesundheitssystem für alle einzusetzen, für ArbeitnehmerInnenrechte, für sichere Pensionen, für ältere Menschen, die Pflege brauchen oder für junge, die eine Wohnung suchen.

WIE IST DER ZUSPRUCH AUS DER BEVÖLKERUNG?

Ich toure gerade durch alle Bundesländer. Aus diesen Gesprächen nehme ich sehr viel Zuspruch und Unterstützung mit, was zeigt, dass wir mit unseren Themen und Positionen richtig liegen. Wir stellen der sozialen Kälte und politischen Verwahrlo-

sung eine Politik der Chancen und der Zuversicht, der Sicherheit, der Gerechtigkeit, der Hoffnung und des Muts entgegen.

WELCHE PROJEKTE WÜRDIE SPÖ IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG ALS ERSTES UMSETZEN?

Wir haben sehr klare Vorstellungen, wie wir Österreich gestalten wollen. Konkret ist es mir als Ärztin besonders wichtig, dass Gesundheit nicht zur Einkommensfrage werden darf. Unser Land muss allen die beste Gesundheitsversorgung garantieren. Pflege wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein immer dringlicheres Thema. Wir wollen die Menschen damit nicht allein lassen, sondern eine staatlich finanzierte, also kostenfreie Pflegegarantie einführen. Leistbares Wohnen sehen wir als Grundrecht, daher wollen wir die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, eine Mietpreisobergrenze und einen Bonus für jene, die sich ihr Eigenheim bauen. Das Herz der Sozialdemokratie schlägt für die ArbeitnehmerInnen und die Kleinunternehmen. Auch werden wir die Pensionen absichern, weil wir nicht wollen, dass der verdiente

Ruhestand zur Armutsfalle wird.

WIE STEHT ES MIT DEM KLIMASCHUTZ?

Der steht für uns natürlich ganz oben auf der To-Do-Liste. Wichtig ist uns die Einführung eines im ganzen Land gültigen Klimatickets für alle öffentlichen Verkehrsmittel. Konkret bedeutet unser 1-2-3-Klimaticket: 1 Euro pro Tag für 1 Bundesland, 2 Euro für 3 Bundesländer und für nur 3 Euro kann man durch ganz Österreich fahren. Mit unserem Ticket zeigen wir vor, wie Klimapolitik mit sozialer Handschrift geht. Denn unser 1-2-3-Klimaticket schon das Klima und die Geldbörse der PendlerInnen.

WAS IST DAS ZIEL FÜR DIE NATIONAL- RATSWAHL?

Ich möchte erste gewählte Bundeskanzlerin Österreichs werden – weil es mir um die Menschen und um die spürbare Verbesserung ihres Lebens geht. **Klar ist auch:** Nur eine starke SPÖ kann die Neuauflage der Ibiza-Koalition aus ÖVP und FPÖ verhindern!